

Desinteresse an multilateralen Lösungen?

Mirjam Kalle, geb. 1990, ist Referentin für Haushalt, Management und Personal der Vereinten Nationen im Auswärtigen Amt. Die steigenden Zahlungsrückstände der USA gegenüber den UN stellen die Organisation vor Probleme, argumentiert sie. Der Beitrag gibt ihre persönliche Meinung wieder.



Mittlerweile betragen die US-Zahlungsrückstände rund 1,17 Milliarden US-Dollar.

In seiner Rede vor der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2018 wiederholte US-Präsident Donald Trump das langjährige Ziel der USA, künftig nicht mehr als 25 Prozent der Beiträge zu den Haushalten der UN-Friedensmissionen zu zahlen. Am 22. Dezember 2018 verabschiedete die Generalversammlung nur geringfügige Anpassungen der Beitragsbemessungsskalen. Nach der neuen Skala müssen die USA in den Jahren 2019 bis 2021 jeweils einen Beitragssatz in Höhe von 27,8 Prozent für Friedensmissionen zahlen statt bisher 28,4 Prozent. Ihr angekündigtes Verhandlungsziel haben die USA damit deutlich verfehlt. Was aus verhandlungstechnischer Sicht wie eine herbe Niederlage klingt, illustriert das mangelnde Interesse der USA an multilateralen Lösungen. Gleichzeitig steigt China zum zweitgrößten Beitragszahler auf und nimmt eine aktivere Rolle in Finanz- und Managementfragen ein.

Zuletzt wurde die Skalenberechnungsmethode im Jahr 2000 geändert. Hintergrund waren Diskussionen in den USA über die Angemessenheit des US-Pflichtbeitrags angesichts einer als reformunfähig empfundenen Organisation. Im Jahr 1993 unterzeichnete US-Präsident Bill Clinton ein Gesetz, das eine Kappung des US-Anteils am ordentlichen Haushalt bei 22 Prozent und den UN-Friedensmissionen bei 25 Prozent erforderte und deutlich unter den festgelegten Pflichtbeiträgen lag. Aufgrund wachsender Zahlungsrückstände drohten die USA im Jahr 1999 ihr Stimmrecht in der Generalversammlung zu verlieren. In dieser heiklen Lage handelten die US-Senatoren Jesse Helms und Joe Biden eine schrittweise Rückzahlung aus, sofern die Vereinten Nationen Reformen durchführen und den US-Pflichtbeitrag senken würden. Diese Einigung bildete die Grundlage für Verhandlungen unter dem Ständigen Vertreter der USA, Richard Holbrooke, die zu einer Begrenzung des Beitragssatzes zum ordentlichen Haushalt auf 22 Prozent führten. Mit einer ausgefeilten Verhandlungsstra-

tegie wurden alle UN-Mitgliedstaaten dazu bewegt, einer Beitragsgrenze zuzustimmen, von der letztlich nur die USA profitierten. Dadurch sank der US-Anteil für UN-Friedensmissionen bis in die Jahre 2008 und 2009 auf 25,9 Prozent und blieb im Rahmen nationaler Begrenzungen.

In den letzten zehn Jahren stieg der US-Pflichtanteil an den Haushalten der Friedensmissionen wieder auf über 28 Prozent. Bis zur Amtsübernahme durch Trump genehmigte der US-Kongress zu meist Ausnahmen, um Zahlungsrückstände zu vermeiden. Mittlerweile betragen die US-Rückstände rund 1,17 Milliarden US-Dollar. Um langfristig eine vergleichbare Situation wie Ende der 1990er Jahre zu vermeiden, wäre eine Einigung auf multilateraler Ebene im Interesse der USA gewesen. Bis Verhandlungsende lagen jedoch weder ein Konzept oder eine ausgeprägte politische Kampagne noch Angebote an einzelne Mitgliedstaaten vor, um der Einführung einer Beitragsobergrenze einen Schritt näherzukommen. Letztlich ist das Verhandlungsergebnis daher nicht überraschend, sondern spiegelt einmal mehr die fehlende Bereitschaft der derzeitigen US-Regierung wider, Lösungsansätze in bestehenden multilateralen Formaten zu verhandeln. Die USA werden weiterhin unilateral nicht mehr als 25 Prozent des Beitrags für Friedensmissionen zahlen. Dadurch entstehende Liquiditätsengpässe aufgrund der fehlenden drei Prozentpunkte von rund 200 bis 250 Millionen US-Dollar jährlich. Dies gefährdet die vollständige Umsetzung der vom Sicherheitsrat beschlossenen Mandate.

Für Deutschland bedeutet dies neben dem üblichen Austarieren der Positionen zwischen gleichgesinnten Staaten einerseits und der Gruppe der 77 (G77) mit China sowie Russland andererseits auch eine Neujustierung des Verhältnisses mit den USA. Die kritische Haltung der USA gegenüber den UN wird sich unter US-Außenminister Mike Pompeo und der neuen Ständigen Vertreterin in New York Heather Nauert voraussichtlich weiter zuspitzen.